

Nachtragshaushalt 2010 verabschiedet

Am **23. März** hat der **Landtag** den **Nachtragshaushalt 2010 verabschiedet**. Er steht im Zeichen unserer bewährten **soliden Haushaltspolitik** – **zum fünften Mal in Folge** ist es gelungen, **ohne neue Schulden** auszukommen. Dies ist im bundesweiten Vergleich einmalig!

Dabei setzen wir **klare Prioritäten**: **Wir investieren gezielt in Kinder, Bildung und Wirtschaft**, zugleich sichern wir **Stabilität im Sozialen**. Und: Wir sind weiterhin **verlässlicher Partner für unsere Kommunen**. Im Einzelnen:

Beim **Ausbau der Kinderbetreuung** legen wir ein **hohes Tempo** vor. Unser Ziel, bis zum Jahr 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen, werden wir deshalb voraussichtlich schon ein Jahr früher erreichen. Wir werden dafür **im Jahr 2010 über eine Milliarde Euro** in die Hand nehmen.

Im Bereich der Bildung **bauen wir die offenen und gebundenen Ganztagschulen weiter massiv aus** und haben mit insgesamt **2.738 zusätzlichen Lehrerstellen** wesentliche Verbesserungen

vorgenommen. Des Weiteren **stärken wir auch den Technologietransfer der Hochschulen** und halten ohne Abstriche am hohen Niveau des Wissenschaftsetats fest.

Insgesamt **verbessern wir die Investitionsquote im Nachtragshaushalt auf 13,8 Prozent (das sind knapp 5,8 Milliarden Euro)** und setzen damit einen kräftigen Impuls für unsere Wirtschaft. Wir erhöhen die Regionalförderung und bemühen uns im Rahmen des Mittelstandsschirms darum, den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten weiter zu verbessern.

Und wir leisten auch einen **wichtigen sozialen Beitrag**. Einige Beispiele: Wir geben mehr Geld dafür aus, dass bedürftige Kinder am **Mittagessen an den Schulen** teilnehmen können. Wir unterstützen die Bezirke dabei, **Versorgungsstrukturen für Behinderte im Seniorenalter** zu schaffen, und setzen unser Ausbauprogramm für die **Jugendsozialarbeit an Schulen** fort.

Mit dem **kommunalen Finanzausgleich** zeigen wir, dass uns das partnerschaftliche Verhältnis zu den Kom-

munen sehr am Herzen liegt. So enthält der Finanzausgleich 2010 trotz der Steuereinbrüche keine Einschnitte. Beispielsweise werden die **Mittel für die Investitionsförderung auf hohem Niveau weitergeführt** (Schulausbau und Kinderbetreuungseinrichtungen 265 Mio. Euro, Krankenhausfinanzie-

rung 500 Mio. Euro, Investitionspauschale 173 Mio. Euro, 421 Mio. Euro stehen insgesamt für kommunalen Straßenbau und -unterhalt zur Verfügung). Die **Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung steigen auf 277 Mio. Euro.**

Konzept zur Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen

Die **gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen** ist der CSU-Fraktion ein **wichtiges Anliegen**. Denn die Weichen für das Essverhalten werden bereits in ganz jungen Jahren gestellt, und eine gesunde Lebensweise reduziert das Risiko, später chronisch zu erkranken, ganz erheblich. Hinzu kommt, dass mit dem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der Ganztagsangebote an Schulen der Frage nach einer ausgewogenen und gesunden Ernährung unserer Kinder und Jugendlichen immer größere Bedeutung zukommt.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion in einem Antrag ein **umfassendes Konzept zur Verpflegung in**

Kindertagesstätten und Schulen gefordert. Dieses soll insbesondere die **zeitnahe Einführung des Schulobstprogramms** und die **Fortführung des bestehenden Schulmilchprogramms** berücksichtigen. Wichtig ist uns auch die **Kooperation mit regionalen Anbietern sowie mit bereits bewährten Projekten** und Initiativen, auch lokaler Art.

Schließlich halten wir es für sinnvoll, den **Schulen die Benennung von Ansprechpartnern für gesunde Ernährung** zu empfehlen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Umsetzung gesundheits- und ernährungsbezogener Konzepte und den Austausch mit den Eltern unterstützen sollen.

Asylbewerbern mehr Mobilität erlauben

Grundsätzlich dürfen sich Asylbewerber nach **Bundesrecht** nur im Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde aufhalten. Das entspricht in Bayern dem jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien Stadt. Diese unterscheiden

sich jedoch sowohl in ihrer Größe als auch im Hinblick darauf, ob sie Ballungszentren erfassen oder nicht. Solche Unterschiede können für Asylbewerber zu einer unbilligen Härte führen.

Deshalb hat sich die CSU-Fraktion für eine **Lockerung der sogenannten Residenzpflicht** ausgesprochen. Wir wollen erreichen, dass sich in Gemeinschaftsunterkünften lebende Asylbewerber **künftig im gesamten Regierungsbezirk und in angrenzenden Landkreisen** benachbarter Regierungsbezirke frei bewegen können. Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, eine ent-

sprechende Verordnung zu erlassen. Diese soll aber auch **geeignete Vorkehrungen** enthalten, **um Missbrauchsgefahren wirksam begegnen** zu können. Deshalb wollen wir, dass die generelle Gestattung, sich vorübergehend außerhalb des eigenen Bezirks aufzuhalten, unter bestimmten Umständen wieder eingeschränkt werden kann.

Mehr Lebensqualität durch effektiven Schutz gegen Fluglärm

Starker Lärm kann die Gesundheit beeinträchtigen. Dies gilt insbesondere für nächtlichen Fluglärm. Allerdings gibt es durch moderne Triebwerkstechnik bei den Lärmemissionen aktueller Verkehrsflugzeuge bereits große Fortschritte.

Wir wollen, dass Fluggesellschaften, die ihre Flotte danach ausrichten und so ihre Lärmemissionen reduzieren,

von den Flughafengesellschaften dafür belohnt werden. Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, auf die Verkehrsflughäfen in Bayern einzuwirken, ihre **Start- und Landgebühren noch stärker als bisher nach den Lärm-Emissionen zu staffeln, um den Einsatz moderner, leiser Flugzeuge zu honorieren.**

Überhöhte Schwarzwildbestände effizient reduzieren

Die Schwarzwildbestände steigen in weiten Teilen Bayerns seit Jahren drastisch an. Der CSU-Fraktion hat sich deshalb in einem Antrag für eine **wirksame Bejagung des Schwarzwildes** ausgesprochen. In diesem Zusammenhang haben wir von den Bayerischen Staatsforsten auch ein **zu-**

kunftsfähiges Jagdmanagement sowie eine zielführende **Organisation insbesondere auf Revierebene** gefordert.

Außerdem soll im Rahmen eines Projekts auch der Einsatz von Nachtzielgeräten geprüft werden.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Über den Stand des Ernährungsclusters berichten

Die **Land- und Ernährungswirtschaft** stellt mit einem Umsatz von rd. 38 Milliarden Euro und mehr als 544.000 Beschäftigten **eine der wichtigsten Branchen im Freistaat** dar. Der Ernährungscluster, in den Landwirtschaft, Ernährungshandwerk und das produzierende Ernährungsgewerbe genauso einbezogen sind wie wissenschaftliche Einrichtungen, Forschungsinstitute, Dienstleister und Verbraucher, hat eine große Bedeutung für den ländlichen Raum in Bayern.

Über den aktuellen Sachstand soll dem Landtag auf Initiative der CSU-Fraktion berichtet werden.

Fairen Wettbewerb durch Schaffung wirtschaftlicher Kehrbezirke ermöglichen

Ab dem Jahr 2013 besteht im Kaminkehrerhandwerk freier Wettbewerb. Die **Ertragslage** in den Kehrbezirken ist allerdings **unterschiedlich**. Unser **Ziel** ist es, allen Kehrbezirken annähernd **gleiche Chancen** einzuräumen. Deshalb haben wir uns in einem Antrag für eine **vorsichtige und auf den Einzelfall bezogene Anpassung der Kehrbezirke** ausgesprochen.

Gesundheitsschutz für das Erziehungspersonal in Kindertagesstätten

Die Staatsregierung soll im Landtag darüber **berichten**, wie **Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Prävention bei Erzieherinnen und Erziehern in Kindertageseinrichtungen vor dem Hintergrund der entsprechenden Tarifvereinbarung** in Bayern umgesetzt werden.

Neubau der Strecke Laufach-Heigenbrücken sichern

In einem Antrag hat die CSU-Fraktion den **zügigen Fortschritt der Planungen für die Umfahrung des Schwarzkopftunnels begrüßt** und den Einsatz der Staatsregierung gewürdigt, die Mittelausstattung des Bedarfsplans durch den Bund auf dem durch die Konjunkturpakete erreichten Niveau zu halten. Außerdem haben wir die Staatsregierung aufgefordert, die Deutsche Bahn dabei zu unterstützen, mit dem Bund eine Einzelfinanzierungsvereinbarung für den Bau der zweigleisigen Strecke zwischen Laufach und Heigenbrücken zu schließen. Unser Ziel ist ein Baubeginn im Jahr 2011.